

Im Blickpunkt: Tschadsee-Region

Humanitäre Hilfe für Afrika

Oslo (AFP/KNA) – Die Gerkonferenz für notleidende Menschen in der Tschadsee-Region hat gestern Hilfen in Höhe von 634 Millionen Euro zugesagt. Wie der Ausrichter Norwegen bekanntgab, stammen die Zusagen von insgesamt 14 Ländern. Die EU-Kommission will 105 Millionen Euro für die humanitäre Hilfe in der afrikanischen Tschadsee-Region bereitstellen. Das gab der EU-Kommissar für humanitäre Hilfe, Christos Stylianides in Oslo bekannt. Deutschland sagte laut Außenminister Sigmar Gabriel (SPD) 100 Millionen Euro humanitäre Hilfe sowie weitere 20 Millionen Stabilisierungshilfen für die kommenden drei Jahre zu. In den Ländern im Einflussgebiet der Islamistengruppe Boko Haram – Nigeria, Niger, Kamerun und Tschad – brauchen schätzungsweise 10,7 Millionen Menschen dringende Hilfe.

Die USA wollten zu einem späteren Zeitpunkt über ihren Beitrag informieren und seien deshalb zunächst nicht dabei, sagte Norwegens Außenminister Børge Brende. Von den zugesagten 634 Millionen Euro sind für das Jahr 2017 gut 430 Millionen Euro gedacht. Nigerias Außenminister Geoffrey Onyeama sagte, mit den zugesagten Geldern werde „nur die Spitze des Eisbergs“ erreicht. „Aber wir sind sehr dankbar.“ Boko Haram kämpft im mehrheitlich muslimischen Nordosten Nigerias seit Jahren für die Errichtung eines islamischen Gottesstaats. Inzwischen ist die Miliz auch in den Nachbarländern Niger, Tschad und Kamerun aktiv. Seit 2009 wurden mehr als 20 000 Menschen getötet und mehr als 2,6 Millionen weitere Menschen in Nigeria, Niger, dem Tschad und Kamerun in die Flucht getrieben.

Europa der Kreise

Juncker stellt Reformideen für EU vor

Brüssel (dpa) – EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker plädiert für ein Europa der „konzentrischen Kreise“, in dem nicht alle Staaten gleich eng zusammenarbeiten. „Wir können viel gemeinsam tun, aber es ist nicht mehr zeitgemäß anzunehmen, dass wir alle zusammen dasselbe machen könnten“, sagte Juncker am Donnerstagabend. Die Ideen will er in den nächsten Tagen in einem Konzept ausführen.

Er sprach von einer zentralen Frage: „Wollen wir als 28 voranschreiten – wir haben den 28. schon verloren – oder muss es nicht so sein, dass die, die schneller voranschreiten wollen, dies tun können, ohne die anderen zu stören, und dabei ein strukturierteres Gebilde schaffen, das für alle offen ist? Dafür werde ich mich in den nächsten Tagen aussprechen.“

Dann will die Kommission ein sogenanntes Weißbuch vorlegen, als Grundlage für die weitere Debatte über die Zukunft der EU. Anlass ist der bevorstehende 60. Jahrestag der

Unterzeichnung der Römischen Verträge am 25. März. An dem Tag ist ein Sondergipfel in Rom geplant.

Juncker beschrieb das künftige Europa als „Gebilde, das einen Kern hat und verschiedene Kreise“. Im Zentrum stünden jene, die sich einig seien, so viel wie möglich zusammen zu machen. Bei einzelnen Projekten könnten sich unterschiedliche Gruppen zusammenschließen, etwa bei der gemeinsamen Wahrung, bei Verteidigungsfragen oder bei der Förderung der Wissenschaft.

Bei einer engeren Wirtschaftskoordination würden wohl nur wenige mitmachen, sagte er. Die Zahl sei aber nicht vorherbestimmbar. „Man muss sich den Kontinent in konzentrischen Kreisen vorstellen“, meinte er. Im „Orbit“ könnten jene einen Platz finden, die nicht denselben Ehrgeiz der Integration teilen wie die anderen. Er nannte Großbritannien nach dem Brexit und die Türkei – „oder andere, die davon noch nichts wissen“.

Kenia regelt sein Wasserproblem

Pumpstationen als Kioske zur Selbstversorgung: Modell nachhaltiger Stadtentwicklung

Von Dieter Klink

Nairobi – Menschen mit sauberem Trinkwasser zu versorgen, ist in Kenia ein großes logistisches Problem. Nur wenige Haushalte verfügen über einen eigenen Wasseranschluss. Viele Menschen auf dem Land, aber auch in der Hauptstadt Nairobi, sind auf Hilfe angewiesen. Die sogenannten Wasser kioske sollen die Bevölkerung versorgen – die Bundesregierung unterstützt die Wasserprojekte in Kenia über die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ).

Auf einer Pressereise der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN) wurde Journalisten das Modell Wasser kiosk vorgestellt. GIZ-Experte Dirk Schäfer: „Die allerwenigsten Kenianer haben einen Wasserhahn in der Küche.“ Im Land leben viele Menschen in Slums. Sauberes Trinkwasser ist für sie existenziell wichtig.

Wasser ist in Ostafrika ein knappes Gut. Die Regenzeit beginnt erst wieder im April, bis dahin müssen sich die Menschen mit wenig begnügen. Monatelange Trockenheit vergrößert die Not. Nairobis Stadtverwaltung hat inzwischen verboten, Autos zu waschen.

Vor 15 Jahren hat Kenia angefangen, in die Wasserversorgung zu investieren. Das Land gilt als fortschrittlich, weil es zumindest gelang, den Status quo zu halten. Die Situation hat sich wenigstens nicht verschlechtert. Im Jahr 2010 hat der Staat das Menschenrecht auf Wasser- und Sanitärversorgung sogar in der Verfassung verankert. „Der Anteil der Bevölkerung, der mit Wasser versorgt wird, steigt. Kenia steht verhältnismäßig gut da“, berichtet Schäfer. Andere afrikanische Regierungen schickten Vertreter nach Kenia, die sich das Modell anschauen. „Mit der Regierung in Nairobi lässt sich gut zusammenarbeiten“, lobt Schäfer. Die Priorität des Regierungsprogramms gilt städtischen Armutsgebieten, in denen es keine öffentliche Wasserversorgung gibt. Schäfer



Andrang vor dem Wasserhäuschen: Weil es seit Tagen nicht geregnet hat, stehen die Menschen vor der Ausgabestelle in Mlolongo nahe Nairobi Schlange. Foto: Klink

hatte zuvor in Tansania für die GIZ Projekte betreut und kann vergleichen. Dort sehe die Versorgungslage schlechter aus. „Ich wäre froh, wenn es in Tansania gelungen wäre, so ein Wasser kiosk-System aufzubauen.“

Ein staatlicher Fonds vergibt die Aufträge

Kenia könnte sich allerdings ein neues politisches Problem aufhalsen: Vor kurzem wurde die Wasserversorgung infolge der Dezentralisierung den 47 Bezirken übertragen. Dort fehlt bislang das Know-How für das Management.

Wie genau funktioniert das Modell Wasser kiosk? Ausgangspunkt ist ein staatlicher Fonds, der sogenannte Water Services Trust Fund (WSTF). Durch den WSTF beziehen inzwischen mehr als 1,7 Millionen Kenianer sauberes Trinkwasser aus kommunaler Quelle. Inzwischen, so Schäfer, hätten fast alle Städte das WSTF-Programm umgesetzt. Die Idee dahinter ist, dass durch die Stationen möglichst viele Menschen erreicht werden.

Öffentliche Wasserunternehmen können sich bei dem

Fonds bewerben, ein Kiosk zu betreiben. Falls der Unternehmer den Zuschlag bekommt, werden Bau und Betrieb der Station – das Wasser wird aus der Tiefe gepumpt – vertraglich geregelt. Dem Unternehmer gehört das Wasserhäuschen und eine Privatperson betreibt ihn. Die Einnahmen aus dem Wasserverkauf werden zwischen Unternehmen und Verkäufer aufgeteilt. Der Kiosk steht auf öffentlichem Boden – das bedeutet: Auch wenn der private Betreiber wechselt, bleibt die Wasserversorgung in öffentlicher Hand.

Es gibt eine große Vielfalt der Häuschen: Einige verkaufen nur Wasser, andere bieten auch Süßes oder weitere Getränke an. Landesweit wurden bisher knapp 700 Kioske gebaut: Für die Menschen ist es besser, sauberes und günstiges Wasser hier zu kaufen statt auf private Anbieter angewiesen zu sein, die zu hohe Preise verlangen oder schmutziges Wasser verkaufen.

Langfristiges Ziel ist es, dass auf immer mehr privaten Grundstücken Wasseranschlüsse gebaut werden. „Das ist ein Prozess, der schrittweise vorangeht. Irgendwann sollen diese Kioske nicht mehr nötig

sein“, berichtet Schäfer. Dann nämlich, wenn möglichst viele Haushalte einen Wasseranschluss haben. Bis dahin ist der Kiosk ein notwendiger Zwischenschritt.

Ein Besuch vor Ort in Mlolongo nahe der Hauptstadt Nairobi zeigt, wie sinnvoll die Einrichtung ist. Menschen stehen vor dem Kiosk Schlange, sie haben Glück, denn andere Häuschen sind an dem Tag geschlossen, weil sie keine Wasserlieferung erhalten haben. 20 Liter Wasser gibt es für drei kenianische Shilling (etwa drei Euro-Cent). Frauen füllen 20-Liter-Kanister ab und transportieren sie auf dem Kopf nach Hause – ein Kiosk versorgt hier ungefähr 1 000 Menschen.

Das Modell Wasser kiosk soll bald allein von kenianischen Stellen gemanagt und ausgebaut werden. Die GIZ zieht sich aus dem Programm nach und nach zurück – das Bundesministerium für wirtschaftliche Entwicklung setzt inzwischen andere Prioritäten. Die Wasser kioske sind ein Selbstläufer. Schäfer vertraut darauf, dass die kenianische Regierung wie geplant ein neues Wassergesetz verabschiedet. „Das würde die Finanzierung der Kioske dauerhaft sicherstellen.“

„In die Türkei zu fahren, wäre Selbstmord“

Konflikt um Erdogans Präsidialsystem wird auch in Deutschland ausgetragen / Präsidentengegner trotz der Angst

Von Yuriko Wahl-Himmel

Düsseldorf – Ausgrenzung, Einschüchterung, Drohungen, Bespitzelung: Unter Kritikern des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan in Deutschland herrscht große Verunsicherung. Ankara hat die türkische Community hierzulande fest im Blick und scheint nach Einschätzung vieler die Grenzen einer vertretbaren Einflussnahme deutlich zu überschreiten.

Bald können sich hierzulande gut 1,4 Millionen Wahlberechtigte an der Volksabstimmung für eine Verfassungsänderung in der Türkei beteiligen, die Erdogan deutlich mehr Macht einräumen würde. Es könnte passieren, dass die Deutsch-Türken den Ausschlag geben. Und unter ihnen sind auch viele Erdogan-Kritiker und Gegner seines angestrebten Präsidialsystems.

Der Vorsitzende der Türkischen Gemeinde in Deutschland, Gökay Sofuoglu, beobachtet: „Nein-Sager werden

mit Vaterlandsverrätern und Terroristen gleichgesetzt. Dieser emotionale Druck wird vor allem systematisch von AKP-Anhängern bei ihren Veranstaltungen untermauert.“ Er selbst erlebe Einschüchterungsversuche praktisch täglich: „Zum Beispiel wird mir anonym mitgeteilt, dass alle meine Äußerungen an den türkischen Geheimdienst oder die AKP weitergeleitet werden.“

Die Türkische Gemeinde will für ein Nein beim Referendum werben. Mit der vorgesehenen Verfassungsänderung entferne sich „die Türkei von jeglichen demokratischen Grundsätzen“, heißt es in einem offiziellen Beschluss. „Die Türkische Gemeinde lehnt jegliche Bemühungen ab, die das Land in ein Ein-Mann-Regime führen.“ Bundesweit seien bis zu 400 Veranstaltungen geplant, „auf denen wir für ein Nein werben“, sagte Sofuoglu. Der deutsch-türkische Journalist Hüseyin Topel schildert: „Der innertürkische Konflikt wird in allen Facetten in Deutschland in der türkischen



Nein beim Referendum: Der Bundesvorsitzende der Türkischen Gemeinde in Deutschland, Gökay Sofuoglu. Foto: dpa

Community ausgetragen.“ Eine zentrale Rolle spiele die Union Europäisch-Türkischer Demokraten, die „zu Erdogans wichtigsten Propaganda-Instrumenten in Europa“ gehöre. Die UETD – verlängerter Arm der Regierungspartei AKP – organisiere Großveranstaltungen

von türkischen Politikern und werbe aktiv für Erdogan. „Es wird aufgerufen zu Vaterlandstreue und religiöser Korrektheit und damit Stimmung für Erdogan gemacht.“

UETD-Generalsekretär Bülent Bilgi weist das entschieden zurück. „Das ist lächerlich. Es

gibt keine Einflussnahme von unserer Seite. Die Leute kommen freiwillig zu Zehntausenden zu den Veranstaltungen, die wir organisieren.“

Topel (26) berichtet aber, wer nicht auf Linie sei, müsse mit Drohungen und Druck rechnen. „Viele Leute haben Angst, dass sie ausspioniert werden, dass sie auf Listen des Staatsschutzes landen.“ Die UETD habe ihn – erfolglos – verklagt, um ihn als Journalisten zu zermürben. Er selbst habe keine Angst, solange er in Deutschland arbeite, aber: „In die Türkei zu fahren, wäre Selbstmord. Da wäre ich einem System ausgeliefert, das gerade das Recht abschafft.“

Neue Vorwürfe gegen türkische Generalkonsulate sorgen für weitere Unruhe. Konsulate in NRW sollen in Veranstaltungen türkeistämmige Lehrer und Eltern aufgefordert haben, Erdogan-Kritiker zu melden.

Die Generalkonsulate in Düsseldorf und Essen weisen die Vorhaltungen als „nicht korrekt“ und „bewusste Entstellung der Arbeit der türki-

schen Konsulate“ zurück.

Dass Erdogan trotz alledem wohl in NRW demnächst für seine Machterweiterung werben will, ist vielen ein Dorn im Auge. Allerdings hat die Bundesregierung bislang keine Hinweise darauf, dass Erdogan zu einem Wahlkampfauftritt nach Deutschland kommen möchte. Das erklärte gestern das Auswärtige Amt.

Warum fallen die wahlberechtigten Türken in Europa so ins Gewicht für Erdogan? So fuoglu: „Die Zahl der Kritiker und Nein-Sager wächst in der Türkei, es könnte sehr knapp werden für die geplante Verfassungsänderung mit dem angestrebten autokratischen Ein-Mann-System.“

Inzwischen suchen viele türkische Diplomaten Schutz vor politischer Verfolgung in Deutschland. Der Bundesregierung seien „136 Asylanträge von Diplomatenpassinhabern aus der Türkei bekannt“, heißt es in einer Antwort des Bundesinnenministeriums auf eine Anfrage des Grünen-Abgeordneten Özcan Mutlu.